

Förstheimer Zeitung

Zugleich Anzeiger für den Maingau



Ersteinst Dienstags, Donnerstags, Samstags. — Druck und Verlag von Heinrich Dreisbach, Höchstheim a. M., Kartäuserstraße Nr. 8. — Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Dreisbach, Höchstheim a. M.

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg. — Reklamen die sechsgespaltene Petitzeile 2.50 M. Bezugspreis: monatl. 2.05 Pfg., mit Bringerlohn 2.25 M., durch die Post 2.50 M. für Vierteljahr.

Nummer 69
Telefon Nr. 59.
Donnerstag den 23. Juni 1921
Telefon Nr. 59.
25. Jahrgang

Politische Rundschau.

Eine Rede Dr. Wirths.

Vor einer 7000köpfigen Versammlung sprach in London der Reichskanzler Dr. Wirth über das Londoner Abkommen und dessen Erfüllungsmöglichkeiten. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß er die besammte Hoffnung habe, durch äußerste Anspannung der Kraft die verlangten Leistungen erfüllen zu können. Die Einnahmen des Reichs betragen bereits über 10 Milliarden und der Reichskanzler hofft, daß im nächsten Jahr im Etat ein Ueberschuß erzielt werden würde. Im übrigen entwickelte er in großen Zügen die Steuerpläne der Regierung, wie er sie bereits in seiner Programmrede im Reichstag bekannt gegeben hatte. Die Ausführungen des Reichskanzlers fanden großen Beifall.

Eine Konferenz in Berlin.

Der „Reit Parisien“ meldet, daß die in Wiesbaden zwischen London und Athen abgenommenen Verhandlungen jetzt in Berlin fortgesetzt werden würden. Die französische Regierung habe hierzu Vorschläge zwei Sachverständigen zur Verfügung gestellt, und zwar Charles Lefebvre und Cheysson. Diese hätten am Samstag Paris verlassen und würden sich mit Vergamann und den deutschen Sachverständigen treffen. — Das „Reit Journal“ hofft, daß die Sachverständigen die Verteilung der deutschen Zahlungen auf Material, Arbeit und Barzahlungen festlegen könnten. Dann würde erst die Sachverständigenkonferenz, die für den 24. Juni in Paris vorgesehen ist, überflüssig werden.

Die Entwaffnung.

Reichskanzler Dr. Wirth gab im Reichstag bekannt, daß die Entwaffnung in Bayern gute Fortschritte mache. Tatsächlich hat man an amtlicher Stelle auch heute bereits die weitgehenden Unterlagen, daß in Bayern die Entwaffnung gewissenhaft durchgeführt wird. Ebenso ist die Entwaffnung in Ostpreußen im Gange und bisher ohne jede Störung verlaufen. In Berliner maßgebenden Kreisen ist man der Ansicht, daß bereits innerhalb zwei Wochen der Entwaffnungskommission Mitteilung davon gemacht werden kann, daß die Entwaffnung der Verpflichtung entsprechend durchgeführt ist. Im übrigen kontrolliert die Entwaffnungskommission selbst das Fortschreiten der Entwaffnung und soweit bekannt ist, hat sie auch nach London und Paris in den letzten Tagen wiederholt berichtet, daß

Deutschland seinen Verpflichtungen in dieser Richtung ebenfalls nachzukommen scheint

Übersichten im Ruhrgebiet.

Die bereits über einen Monat infolge der Ruhrgegendenshaft in Oberschlesien ausbleibende ober-schlesische Kohlenlieferung für die deutsche Industrie sowie das schnelle Zurückgehen der Restbestände im Ruhrgebiet und ferner die deutsche Verpflichtung zur Ablieferung einer bestimmten Kohlenmenge an Frankreich, Belgien und Italien haben die Bergwerksunternehmen veranlaßt, dahin zu arbeiten, im Ruhrrevier größere Kohlenförderungen zu ermöglichen. Sie haben deshalb mit der Arbeiterschaft über ein neues Uebersichtabkommen verhandelt und dabei die Unterstützung der deutschen Regierung gefunden, die lebhaft eine bessere Versorgung der deutschen Industrie mit Kohlen wünscht. Die Verhandlungen dauern jedoch immer noch an und haben bisher zu keinem definitiven Ergebnis geführt. Man hofft aber, daß angesichts der bedenklichen Lage in Deutschland sich die Ruhrbergarbeiter dazu bestimmen lassen, ein neues Uebersichtabkommen abzuschließen.

Deutsch-russischer Handel.

Vor mehr als zwei Monaten hat Deutschland mit der russischen Regierung ein Handelsabkommen getroffen, das bereits festere Formen angenommen hat. Vor einigen Tagen ist in Petersburg der erste deutsche Dampfer eingetroffen, um dort die Lötung von 800 000 Zentner vorzunehmen. Der Dampfer ist bereits wieder nach Deutschland zurückgekehrt und die Befahrung des Dampfers berichtet, daß die Stimmung in Rußland für einen deutschen Handel äußerst gut ist. In maßgebenden Regierungskreisen fördert man die deutsch-russischen Handelsbeziehungen und tut alles, um einen regen Warenverkehr mit Rußland in die Wege zu leiten.

Vom Völkerbund.

Der Völkerbundsrat hat beschloffen, bezüglich des Aufnahmeforschungs Ungarns einen Bericht über die militärischen Streitkräfte Ungarns einzufordern. Erst wenn dieser Bericht vorliegt, wird das Aufnahmeforschung weiterberaten werden.

Der Völkerbundsrat hat über die Danziger Frage beraten und unter anderem die in Paris zwischen Polen und Danzig abgeschlossene Konvention genehmigt.

Deutscher Reichstag.

Brüllgeizen.

Im Reichstag kam es zu einer Tumultszene, die den Abbruch der Sitzung zur Folge hatte. Die Verhandlungen wurden mit Anfragen eröffnet. Dabei war eine Erklärung der Reichsregierung bemerkenswert, daß sie dem einstimmigen Beschluß des Reichstages, wonach Zeitungsdrukpapier in die Tarifklasse 11 versetzt werden sollte, nicht zustimmen konnte. Mit drei nischen Angelegenheiten beschäftigten sich zwei Anfragen. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes schilderte die näheren Umstände und gab Kenntnis von dem Protestschritt der Reichsregierung. Ein anderer Vertreter des Außenministeriums mußte zugeben, daß tatsächlich die Rheinlandkommission für die besetzten Gebiete ein eigenes Spiritusmonopol errichtet habe, gegen das ebenfalls Veto eingelegt worden ist. Die Vorlage über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues wurde einem Ausschuss überwiesen.

Darauf trat der Reichstag in die Behandlung der unabhängigen-sozialistischen Interpellation über die Ermordung des Abg. Gareis ein. Ihr Begründer Unterleutner richtete außerordentlich heftige Angriffe gegen die Münchener Regierung und die Münchener Polizei, der er den Vorwurf machte, daß sie dem Mörder nahestehe. Er belämpfte in schärfster Form das Regierungssystem des Herrn v. Kahr. Als er dessen Maßnahmen nach der Ermordung des Abg. Gareis kritisierte und ihm vorwarf, daß er einen Trauerzug verboten habe, rief der Abg. Mittelmann von der deutschen Volkspartei: Da hat er recht! Als nun Unterleutner die Anweisung eines Redners wiederholte, der erklärt hatte: Kommunisten sind keine Deutschen, die erwiderten wir laut! und Dr. Mittelmann wieder rief: Da hat er recht! stürzte der Kommunist auf Mittelmann los und schlug auf ihn ein. Es entstand ein ungeheurer Tumult. Die umstehenden Abgeordneten versuchten, die Kämpfenden auseinanderzubringen. Minutenlang tosender Lärm erhob sich. Der Präsident schloß die Sitzung. Mühsam wurden die Streitenden getrennt. Lange noch blieben erregte Gruppen in der Saale, in dem später noch der Präsident erschien, um mitzuteilen, daß der Kellereiausschuß den Tatbestand unterfuchen werde.

Nach zweistündiger Pause wurde die Sitzung wiederum eröffnet. Der Präsident erklärte, daß der Kellereiausschuß bemüht gewesen sei, den böslichen An-

Die wahre Liebe opfert sich.

Roman von Erich Friesen.

(Nachdruck verboten.)

„Nein. Eine schwere Augenentzündung verbunden mit schwerer Influenza. Die Krankheit hatte nach Annahme des Arztes ihren, durch ihre hingebende, unbedingte Pfliegeartigkeit, geschwächten Körper elementar ergriffen, als sie auf der langen Rückfahrt in die Anstalt sich in einem zugigen Eisenbahnabteil befunden hatte.“

„Gott sei gedankt! Sie lebt!“

Nichts weiter fragte der eine. Nichts weiter erwiderte der andere.

Nur hin zu ihr, die so mächtig in das Leben dieser beiden Männer eingegriffen hatte! Hin zu ihr, die dort oben im St. Elisabeth-Sanatorium mit dem Tode rang. Kein anderer Gedanke hatte mehr Platz im Herzen der Schwergeliebten.

Und das junge Mädchen, dem man vor Beginn der Reise nichts weiter gesagt hatte, als daß Schwester Virginia im Sterben läge und sie und Hans-Joachim zu leben wünsche, ging still neben den beiden schwelgsamen Männern her. Ihr kleines Herz pochte ungestüm. Sie begriff noch nichts; aber eine Ahnung sagte ihr, daß die nächsten Stunden über ihr Schicksal entscheiden würden.

In einem der größten, luftigsten Zimmer des Sanatoriums ruhete, sorgsam in warme Decken eingehüllt, im Lehnstuhl, den man aus Fenster geschoben hatte, Schwester Virginia oder vielmehr — Ruth v. Trestow.

Sie hatte sich ganz in Weiß kleiden lassen.

In ihrer Brust duftete ein Strauß vollaufgeblähter, dunkelroter Rosen.

Wie weltverloren blühten die übergroßen Augen hinaus in die herbstliche Landschaft...

Knisterndes rotes Laub auf Waldwegen. Halbverwelkte Astern und Georginen an moosbewachsenen Gehängen. Sie und da bereits kahle Baumzweige, an den nahenden Winter gemahnend. Und dahinter, in der Ferne, die kühle weiße Pracht der Schneeberge.

Epätherstimmung...

Ein resigniertes Lächeln teilte für einen Moment die Lippen der todesbleichen Frau.

„Alles muß sterben in der Natur,“ murmelte sie leise vor sich hin. „Endlich wird auch mir diese Wohltat zuteil. Wie hat es doch Gott der Allmächtige in seiner Weisheit gut gemacht, daß er mich zu sich ruft! Noch einmal hätte ich den Kampf nicht auf mich nehmen können — meine Kraft war zu Ende.“

„Eilige Schritte weckten sie aus ihrer Versunkenheit. Jetzt öffnet sich die Tür.“

Ihre umflorten Augen sahen wie durch einen Schleier einen Mann rasch eintreten.

„Ruth! Meine Ruth!“

„Hans-Joachim!“

Wie ein Hauch zitterte es über ihre Lippen. Ihre kraftlosen Arme hoben sich — ihm entgegen.

Da ist er auch schon bei ihr und sinkt vor ihr nieder und schlingt die Arme um die gebrechliche Gestalt und bettet das müde Haupt an seine Brust —

Den ganzen Abend überließ man die Weiden allein miteinander. Als einen nahen Verwandten der Sterbenden war Hans-Joachim dem Anstaltsarzt von Dr. Landvogt vorgestellt worden. Und stillschweigend begünstigte man sich mit dieser Erklärung.

Die arme Ellu erduldet Folterqualen. Woan hatte sie die ganze lange Reise zur Schwester Virginia machen müssen, wenn sie nun hier in einem kleinen Zimmer einausperret war, bewacht von ihrem Vormund!

Einmal wagte sie eine schwächliche Frage. Aber Brig Landvogt schnitt sie sogleich ab mit den Worten:

„Du wirst es schon noch erfahren, Kind! Nur Geduld!“

Und Ellu fragte nichts mehr. Etwas von der furchtbaren Tragik mancher Menschenschicksale dämmerte in ihrer Innerseele auf.

Endlich, gegen zehn Uhr abends, wurde ihr mitgeteilt, daß Schwester Virginia sie zu sehen wünsche.

Ausfahenden Herzens trat sie ein in das Sterbegemach.

Sie sah eine todesbleiche, ganz weißgekleidete Frauengestalt im Lehnstuhl liegen. Und daneben stand Hans-Joachim — ihr Hans-Joachim, tief-ernst, aber gefast.

„Komm näher, Ellu!“

Rast furchtbar näherte sich das Mädchen. Raum wagte sie, die Augen zu den Weiden zu erheben, die ihr in diesem Moment so fremd, so ganz fernstehend, erschienen.

Ruths Blick ruhte prüfend auf den lieblichen reinen Zügen, auf der schlanken Gestalt, die in dem süßlichen, enganliegenden Weißkleid noch ganz unentwikkelt und kindlich aussah. Und ein tiefer Seufzer entrang sich ihrer matten Brust. Dann streckte sie die Hand aus, die das junge Geschöpf nur scheu ergriff.

Es schlossen sich die beiden Frauenhände umeinander: die bleiche, überirdische, resignierte Hand, die mit dem Leben abgeschlossen hatte — und die rosige, zaghafte, verlangende Hand, die vom Leben noch alles erhoffte — die Hand des leidbeladenen, müdegeheften Weibes, und die Hand des glückbegehrenden, kindlich-unbefangenen Mädchens...

(Schluß folgt.)

weisenfall anzufragen. Der Abg. Weimann habe erklärt, sein Vorschlag habe sich nur auf die Behauptung bezogen, daß Kommunisten keine Deutsche seien. Den weiteren Zusatz, daß sie tötlich gemacht werden müssen, habe er nicht gehört. Der Präsident erteilte dem Abg. Weimann eine Klage und eine veränderte Klage dem Abg. Meimle, der einen tötlichen Angriff auf den Abg. Mittelmann gemacht habe. Wenn diese Sitte im Reichstag eintreten würde, dann könnte die deutsche Volksvertretung einfallen.

Nachdem Unterleutnant seine Rede geschlossen hatte, beantwortete der Reichstanzler die Interpellation. Er bedauerte den Mord und gab die Versicherung, daß die Untersuchung mit allem Ernst geführt werden würde. Bei dem föderalistischen Charakter des Reiches müsse sich die Reichsregierung hüten, in die Autorität eines Landes einzugreifen, so lange diese verfassungsmäßig ist. Der Kanzler beklagte sich allerdings bitter, über die schmutzige Hege gegen die führenden Männer des Reiches, die das Ziel haben, den Süden vom Norden zu trennen. Er begrüßt die versöhnliche Stimmung, die sich neuerdings in der Bayerischen Volkspartei bemerkbar macht. Mit Beifall begrüßt das Haus die Mitteilung, daß die Entwaffnungssaktion in Bayern günstig fortschreite, und daß der Belagerungszustand in Preußen bald gänzlich verschwunden sein wird. Der Kanzler schloß mit der Parole: Verzeihen und Vergessen!

Die Weiterberatung wurde alsdann vertagt.

Berliner Pressestimmen.

Die Prügelzettel im Reichstag wird in der Presse aufs schärfste verurteilt. U. a. sagt das „V. Z.“, daß Kemmle den Reichstag mit seinem Vorgehen in einem Variete verwechselt habe.

Der „Totalanzeiger“ sagt, nachdem der Wahn nun einmal gebrochen sei, könnten wir noch herrlichere Dinge im Reichstag erleben.

Der „Vorwärts“ bemerkt, daß Leute, die ihr Maul und ihre Fäuste nicht in der Gewalt haben, nicht in den Reichstag gehören.

Die „Post“ ist auf weitere Großlampstage im Parlament gespannt.

Die Rede des Reichstanzlers findet bei den Reichsparteien scharfe Zurückweisung, während sich der „Vorwärts“ sehr zufrieden mit den Ausführungen des Reichstanzlers zeigt.

Die „Freiheit“ behauptet, nach Aussage eines demokratischen Abgeordneten und auf Grund des Stenogramms habe sich der Zwischenruf Mittelmanns doch auf die Worte „an die Wand stellen“ bezogen. Der Kanzlerredner nennt das Blatt Regierungsschwäche, da Dr. Wirth davon sprach, daß er wegen Bayern vorsichtig sprechen müsse.

Die „Neuzeitung“ spricht von der Prügelzettel als ersten und von der Kanzlerrede als zweiten Skandal. Dr. Wirth übertrifft an Demagogie seinen Meister Erbacher.

Nach den Aufregungen der letzten Tage, die an und für sich bereits nur leere Häuser bewegten, war der Reichstag in der letzten Sitzung noch weniger besucht. Aber noch immer sprach man über die Zwischenfälle am Freitag und Sonnabend und über die Absicht, die hier geschaffen werden müsse. Präsidenten habe ich vor, das Gesetz über die deutsch-polnischen Vereinbarungen bezüglich des Friedenszustandes an den Auswärtigen Ausschuss zu geben, und das Haus erklärte sich damit einverstanden. Die Besprechung über den Fall Gareis setzte dann mit einer längeren Rede des deutschnationalen Abgeordneten Bazzile ein, den die Kommunisten zunächst schweigend anhörten, während sie später wieder ihre Opposition begannen und den Redner durch Zwischenrufe zu unterbrechen suchten. Auch jetzt wieder zeigte sich, daß die „Würde des Hauses“ wenig geachtet wird, denn so leer das Plenum war, umso lauter gebärdete sich die Linke, die auch die nächsten Redner mit ihren ausschalligen Zwischenrufen zu stören versuchte und keine Ruhe aufkommen ließ. Der Fall Gareis wurde endlich beiseite gelegt. Einen Erfolg hat diese Interpellation nicht gehabt, sollte sie wohl auch nicht haben, denn sie war anscheinend nur dazu eingebracht, um wieder einmal den Linksrädler Gelegenheit zu einigen Reden zu geben. 3 Verhandlungstage wurden mit dieser Angelegenheit ausgefüllt. Der Präsident tröstete das Haus damit, daß man infolge dieser Zeitvergehung in diejer Woche länger zusammenkommen müsse, um das Veräumte nachzuholen. Es zeigt sich im Reichstag aber eine Verhandlungsmüdigkeit, die, je länger die Sitzung dauerte, umso auffälliger wurde. Schließlich sahen nur so wenige Abgeordnete im Plenum, daß die Beschlußunfähigkeit des Hauses offensichtlich war.

Hölz vor Gericht.

Die Beweisaufnahme wird fortgesetzt. Zeuge Oberbürgermeister Dr. Lese aus Eisenach macht Aussagen über die von Hölz und seinen Leuten in der Stadt verübten Brandstiftungen und Plünderungen. Zeuge Major Kollie, der Führer der Sipoabteilung, die nach Eisenach geschickt wurde, spricht über die Kämpfe am Otto-Schacht. Hierbei kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und Hölz. Als Hölz den Zeugen fragt, wieviel Schweinefleisch mit Kartatoffeln er täglich isst, um sich ein Speckgenie zu bekommen, verbittet sich der Vorsitzende, um Leuten, die jedes Maß überschreitenden Redereien, was aber Hölz nicht abhält, den Zeugen gute Erholung in Braunlage nach den Proletariatsmorden in Mitteldeutschland zu wünschen.

Hierauf werden noch eine Anzahl Zeugen vernommen, welche bei dem Mord des Gutsbesizers Heß zugegen waren. Das Hausmädchen Olga Richter aus Rottungen hat Hölz beobachtet, als er Heß durch das Haus begleitete. Das Küchenmädchen M. Reichart aus Rottungen kann über die Tat nur unwesentliche Bekundungen machen. Der nächste Zeuge, ein Landarbeiter, der sich auf dem Gute befand, gab an, daß er die Schießereien in der Wohnung gehört habe. Der erste Schuß, den er vernahm, war leiser als die übrigen, also offenbar ein Revolvererschuss. Der: „Alice, zur Hilfe!“ Der nächste Zeuge, der Arbeiter Otto Albrecht aus Holzweißig behauptet, er habe zu der Zeit, als die Schüsse fielen, Hölz bei der Kolonne gesehen.

Im Anschluß an diese Vernehmung wurde der Waffensachverständige Völkemacher v. d. vernommen. Er gibt an, daß zwei in dem Körper des Heß gefundene Geschosse zweifellos von einem Militärgewehr herührten, dagegen seien die anderen Geschosse Dum-Dum-Geschosse gewesen. Aus dem Gutachten des Sachverständigen geht zweifellos hervor, daß Heß drei Revolvergeschosse erhalten hat. Die von den Verzten zahlreich gefundenen kleinen Metallstückchen rühren von diesen Dum-Dum-Geschossen her.

Justizrat Broh: Müßten die Revolverkugeln nicht im Körper stecken bleiben?

Sachverständiger: Nein, da die Schüsse aus nächster Entfernung abgegeben wurden.

Auf Antrag der Verteidigung wird dann beschloffen, die Wachtmeister Wille und Erzleben aus Magdeburg zu vernehmen. Hierauf wird die Verhandlung vertagt.

Die Unruhen in Oberschlesien.

Die Räumung.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt, daß sich der Präsident der Abstimmungskommission in Oppeln, Le Rond, auf den Standpunkt stellte, daß die Räumungsverpflichtungen Koryantys ernst zu nehmen seien. Es handele sich um eine siebentägige Frist, in der die Entente-Kommission zeigen soll, ob es ihr wirklich gelingt, ohne Anwendung von Zwang die Liquidierung des Aufstandes zu erreichen. Es sei anzunehmen, daß der Zwölferauschuss im Einvernehmen mit dem Führer des deutschen Selbstschutzes den Forderungen der Entente-Kommission nachkommen werde. Sowohl der französische Vorkämpfer in Berlin, Laurent, als auch der englische Geschäftsträger hätten in freundschaftlicher Form der Reichsregierung den Rat gegeben, auf den Zwölferauschuss zugunsten der Annahme der Vorschläge der interalliierten Kommission einzurücken.

Der „Reit Parisien“ behauptet, daß General Döjter sich weigere, die Punkte Kreuzburg und Karlsruhe im Norden und Oberglogau u. Leobschütz im Süden Oberschlesien zu räumen. Diese vier Punkte beherrschten die von Deutschland kommenden Bahnlinien. Die interalliierte Kommission habe aber an den Forderungen festgehalten.

Reuter erzählt, daß von der interalliierten Kommission in Oppeln ein Plan für die progressive Zurückziehung der Polen und der Deutschen in Oberschlesien entworfen worden ist, der gegenwärtig zwischen den beiden Parteien erörtert werde. Im übrigen sei die Lage unverändert.

Erneute polnische Vorstöße.

Wie aus Gleiwitz gemeldet wird, fanden in Betersdorf wieder lebhaftere Schießereien statt, wobei es einige Tote und Verwundete gab. Die Insurgenten setzten die Umgruppierung fort. Dies hindert die polnischen Banden nicht, in die von den Deutschen besetzten Gebiete vorzudringen. So stieß in der Nacht zum 21. Juni eine polnische Patrouille aus einem angeblich von den Polen geräumten Gebiet kommend, nach Kattibor vor. Dort wurde sie von italienischen Posten zum Rückzug gezwungen. Am 20. Juni abends machten die Polen aus Schöffitz einen Angriff auf Wysocka und griffen die deutschen Schützentruppen bei Wschowitz erfolglos an. Bei Summina u. Susaf wurden erneut polnische Schützentruppen aufgeworfen. In Liefel, wo bereits 2 Kompanien Halterjäger lagern, traf ein starker Trupp polnischer Gendarmen ein. Die Jagdgränge 1892 bis 1902 sind aufgeföhrt worden, sich sofort zum Heeresdienst zu stellen. Wer dem Befehl nicht Folge leistet, gilt als Deserteur. In Lufafino und Krowa u. a. treiben sich polnische Banden herum.

In Rotherburg ist wiederum ein polnischer Insurgentenführer von seinen eigenen Leuten erschossen worden.

Kommunistische Umtriebe.

Der ober-schlesische Berichterstatter des Berliner „Totalanzeigers“ berichtet ausführlich über die immer weiter um sich greifende Verbörschwerung der ober-schlesischen Aufstandsbewegung. In Gleiwitz befindet sich eine kommunistische Zentrale, die mit unbefchränkten Mitteln arbeitet. In den letzten zehn Wochen seien rd. 15 Millionen Mark für die kommunistische Propaganda ausgegeben worden. In verschiedenen Orten seien sogenannte Verfügungen des Arbeiter-Komitees ergangen, auf keinen Fall die Waffen abzugeben, da in kurzer Zeit die Befreiung von der Kapitalistenherrschaft vor der Tür stehe. Viele der aus Anordnung der Entente errichteten Ortswehren, die sich aus polnischen Insurgenten zusammensetzten, tragen rote Fahnen und bezeichnen sich als Herolde der kommenden Räte-Republik.

Oberschlesien im Reichstag.

Es hat in politischen Kreisen bereits Aufsehen erregt, daß die Interpellationen zur ober-schlesischen Frage immer noch keine Besprechung im Reichstag erfahren haben und daß sie auch jetzt noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sind. Die Besprechung der ober-schlesischen Frage ist weiter verschoben und zwar auf Wunsch der Regierung. Die deutschnationalen und die deutsche Volkspartei konnten sich den Gründen, die die Regierung für die Hinausschiebung der ober-schlesischen Debatte anführte, nicht verschließen. Sie drangen deshalb nicht darauf, daß endlich die Besprechung dieser Angelegenheit erfolge.

Deutsche Kommission.

Wie der Berliner „Totalanzeiger“ von parlamentarischer Seite erzählt, begibt sich eine deutsche Abordnung nach Oberschlesien, die sich aus Vertretern des Auswärtigen Amtes und aus Mitgliedern der drei Regierungsparteien zusammensetzen soll. Die Abordnung soll zur Lösung der Frage der Zurücknahme und Auflösung des deutschen Selbstschutzes beitragen.

Der Fall Gareis.

Auf der Tagesordnung des bayerischen Landtages stehen als Hauptpunkte die Interpellationen der U. S. P. D. und der M. S. P. wegen Ermordung des Abgeordneten Gareis. Bei Beginn der Sitzung waren alle Tribünen dicht besetzt.

Präsident Königbauer eröffnete die Sitzung mit einem ehrenden Nachruf, den das Haus stehend an-

port. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, den Verbrecher ausfindig zu machen.

Abg. Neumann (U. S.) begründete die Interpellation seiner Partei in längeren Ausführungen. Er geistelte die Methode, politisch auf einem anderen Standpunkt Stehende durch Mord aus der Welt zu schaffen. Neumann erklärte es für eine Verleumdung, daß Gareis Entente-Offizieren Mitteilungen über Waffenlager gemacht und einen darauf bezüglichen Artikel in „Temps“ geschrieben habe. Die Arbeiterkassen seien gezwungen sein, sich mit einem Selbstschuß zu umgeben, solange diese Regierung am Ruder sei. Was in Bayern herrsche, sei nicht Ruhe und Ordnung, sondern Anarchie. Der Redner vertagte zum Schluß, daß endlich auch in Bayern wieder verfassungsmäßige Zustände hergestellt würden.

Die Interpellation der Mehrheitssozialdemokraten, in der die Regierung aufgefordert wird, den Zuständen der Rechtsunsicherheit ein Ende zu bereiten, begründete der Abg. Sängler, der dabei ausführte, daß eine Partei bereit sei, die Forderungen aus dem parlamentarischen System zu ziehen und den auf sie entfallenden Anteil der Verantwortung mit der Regierung zu übernehmen. Auch dieser Redner erklärte, daß es sich bei dem Mord an Gareis um einen politischen Mord handle. Er richtete im Verlaufe seiner Ausführungen heftige Angriffe gegen die bayerische Justizverwaltung an deren Spitze ein Mann stehe, dessen Partei dem stärksten Antisemitismus huldige.

Die Sitzung wurde hierauf vertagt. Als erster Redner wird alsdann Ministerpräsident v. Kahr die Interpellation beantworten.

Englische Arbeiterkonferenz.

Bei Eröffnung der in Brighton stattfindenden 21. Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, an der etwa tausend Delegierte teilnahmen, hielt der Vorsitzende de Camerone eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete. Der Arbeiterführer fragte, welche Berechtigung Lloyd George und seine Freunde zu der Annahme hätten, daß nur sie und nur sie allein in der Lage seien, das Land zu regieren. Die Politik der Koalitionsregierung bedeute — nach ihrem Ergebnis zu urteilen — nur Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel stehe es schlechter als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die englische Regierung gemeinsam mit der französischen, italienischen und belgischen Regierung versuche, einen militärischen Frieden abzuschließen, und daß die Regierungen sich verschworen hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelstände dauernd zu Krüppeln mache. Die große Mehrheit der Arbeiter begünne zu befehen, wie schlecht und wie ahnsinnig die Politik der alliierten Regierungen sei, die in den Reparationsbedingungen und in dem Friedensvertrag zum Ausdruck gekommen sei. Die Bedingungen dieses Vertrages seien Deutschland auferlegt worden und seien verhängnisvoll für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller Länder der Welt. Die Arbeitslosigkeit in der Schiffbauindustrie könne in der Hauptsache den Reparationsbestimmungen zugeschrieben werden. Das Ergebnis davon sei, daß heute in den britischen Häfen über eine Million Tonnen Schiffsraum hülle und Zehntausende britischer Werftarbeiter erwerbslos auf der Straße verheß seien. Die Schiffsbauer fingen an zuzugeden, daß die befolgte Politik verfehlt sei; sie wünschten, daß die Regierung keine Schiffe mehr von Deutschland annehme und wünschten, Deutschland einige ihm genommene Schiffe zurückzuerhalten, weil die Wirkungen der Reparationsbestimmungen die englische Schiffbauindustrie zerstörten.

Letzte Nachrichten.

Die Antwort von Kahr.

München, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtages beantwortete Ministerpräsident v. Kahr die Interpellation der sozialistischen Parteien wegen der Ermordung des Abg. Gareis mit einer hochpolitischen Rede. Der Ministerpräsident gab namens der Regierung dem Wschen über die Freveltat an Gareis Ausdruck und betonte, daß vor der endgültigen Klärung der Motive kein Recht dazu gegeben sei, den Mord als einen politischen hinzustellen. Der Ministerpräsident ermahnte die Parteien, als erste Aufgabe die politische Erziehung und die höhere politische Kultur zu pflegen. Dies brauche man in erster Linie, dann werden auch die gegenseitigen Mißverständnisse zwischen Nord und Süd, zwischen Reichspolitik und bayerischer Politik verschwinden, denn die tiefste Ursache liege doch im mangelnden Verständnis dafür, daß die politischen Verhältnisse eines Staates in erster Linie bedingt seien durch seine wirtschaftliche und soziale Struktur. Dies sei in Bayern eine andere als im Reich. Diese Verschiedenheit bedinge auch Verschiedenheiten in der Politik hier und dort, die sich tatsächlich dadurch ausdrückten, daß in Bayern immer eine stärkere nach rechts gerichtete Politik geübt wurde, als es im Reich der Fall sei. Wir verlangen, fuhr der Ministerpräsident fort, daß uns unter freudigem Festhalten am Reich nicht schwerer gemacht wird als unbedingt nötig ist. Die Regierung wird getreu ihren Grundsätzen die von ihr gesetzte Linie in aller Festigkeit und Unparteilichkeit einhalten. Sie richtet an alle, die guten Willens sind, die erste Mahnung, mit ihr zusammen dem Ziele zu zustreben: „Das Vaterland zu retten und der Not und dem Elend zu steuern, in dem wir versinken werden, wenn wir nicht alle zusammen zu einträchtigem Handeln uns verbinden!“

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde wiederholt von den bürgerlichen Parteien mit Zustimmungsbefundgebungen und von den Linken mit Lachen aufgenommen.

Eine Rede Grens.

London, 22. Juni. Lord Grey erklärte in einer in Sheffield gehaltenen Rede über den Völkerverbund, die Vereinigten Staaten hätten den größten Wunsch, den Frieden der Welt zu bewahren. Wenn in den Angelegenheiten der Welt Schwierigkeiten entstehen sollten, dann müßten England und Amerika

zu demselben Zwecke zusammenarbeiten. England sei mit 47 anderen Nationen zusammen im Völkerverbund, der viel zu gut und wohl begründet sei, um einfach gestrichen zu werden. Es gebe drei Arten von Politik, die verfolgt werden könnten, 1. die Politik der glänzenden Vereinigung, die zwecklos und teuer sei. 2. Die der Sonderbündnisse, die zu Gegenbündnissen, Rüstungswettbewerben und schließlich zum Sturm führe und 3. die Völkerverbundspolitik. Deutschland müsse den Völkerverbund aufgeben und einen anderen. Auch die Aufnahme Rußlands müsse erwogen werden.

Kleine Meldungen.

Straßenumbenennung. Berlin, 22. Juni. Die Stadtverordnetenversammlung nahm gegen die Stimmen der Rechten einen Ausschussantrag an, der Magistrat möge beim Polizeipräsidenten die Umbenennung der Straßen und Plätze beantragen, die mehrfach vorkommen und zu Verwechslungen Anlaß geben können, oder ohne historisches Interesse sind und nur aus dynastisch-byzantinischen Rücksichten gewählt worden sind.

Betriebsrätewahlen.

München, 22. Juni. Die in Bayern durchgeführten Betriebsrätewahlen der Eisenbahner ergaben: 347 Betriebsräte des Christlich-Deutschen Eisenbahnerverbandes und 372 Betriebsräte des Sozialistischen Deutschen Eisenbahnerverbandes. Damit ist das bisherige Monopol des christlichen Verbandes gebrochen.

Trochski schwer erkrankt.

Paris, 22. Juni. Aus Peijingsford wird gemeldet, daß Trochski schwer erkrankt sein soll.

Aus Bulgarien.

Paris, 22. Juni. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Bulgarest soll Bulgarien mit den Serben und Griechen einen Vertrag zu einem Abkommen über die bulgarischen und türkischen Ansprüche in Thrakien geschlossen haben. In Verbindung damit hätte der bulgarische Minister Dimitrow kürzlich in Belgrad eine wichtige Besprechung mit dem früheren Zaren Ferdinand von Bulgarien gehabt.

Staatshaushalt.

Budapest, 22. Juni. Finanzminister Hegedus legte der Nationalversammlung den Staatsvoranschlag für 1921-22 vor. Die Gesamteinnahmen werden mit 20 296 193 000 Kronen, die Ausgaben mit 26 764 508 000 Kronen veranschlagt. Außerdem unterbreitete er dem Parlament einen Gesetzentwurf, wonach von allen eine Million Kronen übersteigenden Vermögen, die vom 1. Juli 1914 bis zum 1. März 1921 erworben worden sind, die Vermögensabgabe noch als zu entrichten ist.

Aus Irland.

London, 22. Juni. Im Unterhaus erklärte der Kriegsminister, daß eine größere Anzahl Bataillone nach Irland abgegangen sei; andere Bataillone würden zur Unterstützung der bereits abgegangenen nach Irland verladen werden. Man beschäftigt sich mit der Ausdehnung des Standrechts auf weitere Bezirke. Wie gemeldet wird, ist der 70jährige irische Peer Lord Farnham aus seinem Schloß in der Grafschaft Cork entführt worden. Das Schloß wurde eingeschert.

Zum englischen Streit.

London, 22. Juni. Auf der Jahresversammlung der Arbeiterpartei in Brighton erklärte Hodge, der Kampf könne nicht unbegrenzt weitergehen. Wenn alles vorbei sei, dann würden die Bergarbeiter nicht eher ruhen, bis sie diese Regierung zu Fall gebracht und bis sie politisch erreicht hätten, was sie wirtschaftlich nicht hätten erreichen können.

Aus Ost und Fern.

Krauthausen, 20. Juni. (Miesenzucker.) 900 000 Zentner Zucker haben die Arbeiter Karl Kling, Franz Geier und Franz Schmidt in der Zuckerfabrik dadurch entwendet, daß sie bei ihren Diebstählen eine Wand der Lagerräume ausbrachen und dann wieder sorgfältig vermauerten. Der Zucker wurde in vielen Orten Rheinlands vertrieben. Mehrere Fehler kamen ebenfalls in Saft, darunter auch der Kaffeezuckerfabrik Maier aus Pforzheim. 50 000 Zentner Zucker konnten bisher wieder herbeigekauft werden.

Frankfurt, 20. Juni. (Ermittelte Pferdebefehle.) Hier und in Wiesbaden sind in den letzten Tagen nicht weniger als 11 Pferde, 9 Wagen und 4 Geschirre beschlagnahmt worden, die 3 Pferdebefehle in Würzburg in den letzten Monaten geklaut und hierher verkauft hatten.

Bad Nauheim, 20. Juni. (Erfassung von Heeresgut.) Die hier befindliche Erfassungsabteilung des Reichsfinanzministeriums geht sehr scharf in der Wiederbeschaffung unrechtmäßig erworbenen Heeresgutes vor. Wie Freiherr v. Schorlemer mitteilt, kommt diese Behörde wohl den Landwirten an Mängelstellen entgegen, muß sich aber natürlich an ihre Bestimmungen halten. Besonders hart getroffen werden Leute mit Heeresgut, das schon wiederholt den Besitzer gewechselt hat und das man jetzt bei ihnen beschlagnahmt, wenn sie nicht die entsprechenden Nachforschungen begeben. Sie haben zwar Negationsprüche gegen ihre Vorbesitzer, die aber in den meisten Fällen nicht mehr aufzutreiben sind. Da viele Landwirte von den zurückkehrenden Truppen namentlich Pferde geklaut haben, so treffen sie jetzt empfindliche Verluste.

Wienhausen, 20. Juni. (Großfeuer.) Die erst vor einigen Jahren mit allen modernen technischen Einrichtungen erbaute Ritzsche-Mühle ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Der Ausbruch des Feuers wurde von vorüberziehenden Wandervögeln zwischen 2 und 3 Uhr nachts entdeckt, wodurch es gelang, den Brand auf die eigentliche Mühle zu beschränken.

Mainz, 22. Juni. (Kriegsgericht.) Das französische Kriegsgericht verurteilte einen seit längerer Zeit in die Heimat entlassenen französischen Soldaten, der vor zwei Jahren einen Wächter des Wiesbadener Schlachthofes durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt hatte, wegen Mordversuchs zu

zwanzig Jahren Zwangsarbeit. — Ein marokkanischer Soldat, der auf der Landstraße bei Kellertbach einen laubstummten Arbeiter durch Bedrohung mit dem Bajonett zur Herausgabe seiner Brieftasche mit siebzehn Mark nötigte, erlitt wegen räuberischer Erpressung ein Jahr Gefängnis.

Lahnstein, 22. Juni. (Mißglückter Selbstmordversuch.) Beim Versuch sich von der Hirschheimer Brücke in die Lahn zu stürzen, fiel ein 20jähriges unbekanntes Mädchen auf das Deck eines vorüberfahrenden Personendampfers. Mit schweren Verletzungen und im bewußtlosen Zustande wurde das Mädchen ins Krankenhaus gebracht.

Limburg, 22. Juni. (Aus dem Zuchthaus entsprungen.) Dem Schwerverbrecher Hirschbaum, der lange Zeit das Lahnthal und den westlichen Vogelsberg unsicher gemacht hatte, ist es gelungen, mit Hilfe einer Stange seines Bettes die Zellenwand zu durchbohren und in den Gang des Zuchthauses einzudringen. Hier lauerte er dem patrouillierenden Hilfswachmeister auf, schlug ihn nach längerem Kampfe zu Boden und eilte über den Hof ins Freie. Hoffentlich wird er noch vor Wiederaufnahme seiner "Tätigkeit" ergriffen.

Kleine Chronik.

Verunglückte Touristen. An der bayerisch-tiroler Grenze stürzte der Tourist Hans Schmidt bei einer Bergbesteigung 50 Meter tief ab und wurde getötet. Im Acheniseegebiet ist der Innsbrucker Student Hartwig tödlich abgestürzt.

Schneefälle. Aus Hirschberg wird gemeldet: Im Riesengebirge ist in der Nacht bei 2 Grad Kälte starker Schneefall eingetreten. Das Gebirge ist bis auf 900 Meter herab vollständig verschneit.

Schiffsunglück. An den engl. Küste und auf dem Meere wurde viele Schiffsstrümmer gefunden. Man glaubt, daß sie von einem großen ausländischen Dampfer herrühren, der in der Nähe untergegangen sein muß.

Raubüberfall. Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich mit einem Raub, der kürzlich auf eine Dame in einem Abteil zweiter Klasse des Nachtzuges 205 von Düsseldorf nach Hannover verübt wurde. In Wanne stieg ein Reisender in das Abteil, in dem die Reisende bisher allein geessen hatten. Kurze Zeit vor der Einfahrt des Zuges in Dortmund fiel dieser Reisende plötzlich über die Dame her und versetzte ihr mit einem eisernen Gewicht mehrere wuchtige Schläge, so daß sie am Kopfe schwer verletzt wurde. Er entriß ihr dann ihren Schmuck und raubte auch ihr Handgepäck. Der Ueberfallenen gelang es noch, die Nordbremse zu ziehen. Nachdem aber der Zug zum Stehen gekommen war, benutzte der Räuber die Gelegenheit, abzuspringen und entkam. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 7500 Mark ausgesetzt.

Rauchverbot. Einer "Times"-Meldung aus New York zufolge wurde im amerikanischen Repräsentantenhaus eine Bill eingebracht, der zufolge den Frauen das Rauchen unter Strafe von fünf Dollar verboten wird. Im Wiederholungsfalle beträgt die Strafe 25 Dollar für jede gerauchte Zigarette. Wenn eine Frau in einem öffentlichen Lokal raucht, dann erleidet der Besitzer dieselbe Strafe.

Das Herner Grubenunglück.

Die Entstehungsurache der Schlagwettersexplosion auf der Zeche Mont Cenis ist bisher noch unbekannt. Auch die Befahrung der Zeche durch die Bergbehörde brachte noch keine endgültige Aufklärung. Sämtliche Verunglückte sind geborgen. Es ist das erste Mal, daß die Zeche von einem größeren Unglück heimgesucht worden ist.

Anlaßlich des Unglücks fandte der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter an den Minister für Handel u. Gewerbe folgendes Telegramm: Angesichts der furchtbaren Katastrophe auf der Zeche Mont Cenis, bei der sicherem Vernehmen nach über 100 Bergarbeiter verunglückten, bitten wir um sofortige energische Untersuchung zur reiflichen Aufklärung der Ursache des bellenkenden Unglücks.

In der Nacht brach laut "Herner Zeitung" in der Kaserne der Zeche Mont Cenis ein großer Brand aus. Alle Wehren der umliegenden Schächte wurden zu Hilfe gerufen. Es besteht die Hoffnung, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Volkswirtschaft.

Der Stand der Markt.

Es wurden bezahlt am 22. 6. in Holland für 100 Gulden 2335 M., in der Schweiz für 100 Franken 1187,50 M., in Frankreich für 100 Francs 565 M., in Belgien für 100 Francs 558 M., in England für 1 Pfund Sterling 263,50 M., in Amerika für 1 Dollar 70,25 M., in Italien für 100 Lire 353 M., in Rumänien für 100 Lei 112,75 Mark.

Förderung des Siedlungswesens. Wie die Blätter hören, beschloß das preussische Staatsministerium, einen Kredit von 300 Millionen Mark für landwirtschaftliche Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Inferieren bringt Gewinn!

Lotales und von Nah und Fern

Flörsheim, den 23. Juni 1921.

— Hum. Musikgesellschaft Pyra hält am Sonntag, den 3. Juli ein Gartenkonzert mit Tanzbelustigung bei Mitglied Johann Offenstein, Gasthaus zum Taunus ab. Sollte der Wettergott gutes Wetter für den Tag eintragen lassen, daß wir mit Freunden und Gönnern des Vereins einige recht vergnügte Stunden miteinander

verleben können, dann heißen wir dieselben jetzt schon als recht herzlich willkommen.

— **Barfrankierung von Briefsendungen.** Bei dem Postamt Frankfurt 1 ist seit Anfang März d. Js. eine Preistempelmaschine in Betrieb. Wie aus zahlreichen Anfragen hervorgeht, ist dies in weiteren Kreisen der Geschäftswelt noch nicht bekannt. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß gewöhnliche Briefsendungen, (Briefe, Postkarten, Drucksachen, Drucksachenarten, Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen) des inneren deutschen Verkehrs (einschl. das Saargebiet) zu den Gebührenlagen von 10, 25, 30, 40, 60 und in Kürze auch von 80 Pfn. bei dem Postamt 1 Frankfurt gegen Entrichtung der Gebühren bar eingeleistet werden können, wo sie mit einem Preistempel versehen werden. Auf Briefsendungen nach dem Auslande und den im Friedensvertrag abgetretenen ehemaligen deutschen Gebiets teilen einschl. freie Stadt Danzig und Memelgebiet ist der Preistempel nicht zulässig. Diese Sendungen müssen nach wie vor durch Wertzeichen freigemacht werden. Bedingung für die Preistempelung ist, daß mindestens 100 Sendungen derselben Gattung eingeleistet werden, und daß die Sendungen zur Stempelung mit der Maschine geeignet sind. Weitere Auskunft erteilt das Postamt 1 Frankfurt.

— **Landwirtschaftliche Lehranstalt Hof Geisberg** (mit Gärtnerfachklasse). Dem Andrang der jüngeren Landwirte aus Stadt und Land Rechnung tragend, wird die Schule im kommenden Winter insgesamt vier Klassen haben. Und zwar werden für 2 landw. Klassen neue Schüler angenommen. Bedingung ist: hinreichende praktische Erfahrung und ein Alter von mindestens 16 Jahren. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß die jüngeren Jahrgänge vor den Bewerbern zurückstehen müssen. Da die Unterklasse im vergangenen Winter von 45 Schülern besucht war, wird die Oberklasse durch die wiederkehrenden Schüler vollaus besetzt werden. Endlich werden in der Gärtnerfachklasse Lehrlinge im 2. und 3. Lehrjahre und sonstige Interessenten angenommen. Der Lehrstoff ist in dieser Klasse so verteilt, daß die jüngeren Leute in 2 auf einander folgenden Wintern das gesamte Stoffgebiet durcharbeiten. Anmeldungen für sämtliche Klassen nimmt der Direktor der Schule (Adresse: Wiesbaden, Hof Geisberg) entgegen. Der Unterricht beginnt Ende Oktober.

Sport und Spiel.

Sportverein 09. Am vergangenen Sonntag unterlag die 1. Elf im Kreismeisterschaftsspiel gegen die 1. Elf der Turngemeinde 1846 Worms mit (0:2) 0:2. Flörsheim spielte mit derselben Mannschaft wie im Vorspiel, während bei Worms der Ersatz besser spielte als die fehlenden. Zum Spiel. Am 3 Uhr begann ein äußerst flotter Kampf. Die Hiesigen werden sofort mehrere Male vor dem Tore der Wormser gefährlich, konnten aber nichts erreichen. Die Wormser dagegen erzielten in der 11. Minute bei einem Durchbruch mit darauffolgender Flanke von rechts ein schönes Tor. Ein Eckball für Worms bringt nichts ein, und hin und her wogt der Kampf. In der 35. Minute konnte Worms durch fehlerhaftes Zurückspielen des Fl. Mittelläufers zum Torwächter einen billigen Erfolg erzielen. Mit diesem Resultat geht es in die Pause. Nach Wiederbeginn gleichmäßig verteiltes Feldspiel. Beide Parteien setzen nun alles dran, um aufzuholen, bezw. den Vorsprung zu halten. Aber außer einigen Eckbällen für Worms wird beiderseitig nichts mehr erreicht und so endete das Spiel. Leider kam es am Schluß des Spieles zu einem unliebsamen Vorfall dem Schiedsrichter gegenüber, der sehr zu bedauern ist. Der Sportverein hat augenblicklich über 300 Mitglieder, also genug Leute, um sich in solchen Fällen selbst zu helfen, bedarf also der Hilfe anderer Flörsheimer Fußballer absolut nicht. Die Zuschauer werden an dieser Stelle dringend gebeten, sich bei Spielen dem Schiedsrichter und Spielern gegenüber sportlich und korrekt zu verhalten. Etwaige Verfehlungen derselben können doch nur am besten von der Vereinsleitung geregelt werden. Die 2. Mannschaft unterlag gegen die verstärkte 3. M. des F. B. Germania Wiesbaden (Viga) mit 2:4.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Freitag 6 Uhr hl. Messe für Pfarrgemeinde (Schwesternhaus) 6 1/2 Uhr Amt für Martin Martini.
Samstag 6 Uhr hl. Messe für Joh. und Franziska Haus (Schwesternhaus), 6 1/2 Uhr Jahramt für Karl Wagner.

Israelitischer Gottesdienst.

Donnerstag, den 23. Juni 1921
8 Uhr abends gest. Jahrgedächtnis für Hedwig Weller.
Samstag, den 25. Juni 1921.
Sabbat: Behaalosego
5⁰⁰ Uhr Vorabendgottesdienst
8⁰⁰ Morgengottesdienst
4⁰⁰ Nachmittagsgottesdienst
9⁰⁰ Sabbatausgang

Bereins-Nachrichten.

Hum. Musikgesellschaft Pyra. Donnerstag Abend 8 Uhr Musikstunde bei Gastwirt Adam Becker.
Sportverein 09. Die Trainings-Abende sind folgendermaßen festgelegt: Mittwochs Abends 1., 2., u. 3. Mannschaften, Freitag Abends 1., 2. Jugend- und Schülermannschaften.
Gesangverein Volkshilfsbund. Donnerstag Abend Singstunde im Kirchhauhof.
Kudergesellschaft 1921. E. B. Heute Abend 8.30 Uhr im Vereinslokal Weibacher Vorstands- und Festausschusssitzung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist Erscheinen dringend notwendig. Turnverein von 1861. Die Mitglieder werden gebeten, sich am Samstag, den 25. 6. 21 an dem Kommerz des Gesangsvereins Sängerbund im Sängerbund vollständig zu beteiligen. Anfang 8 Uhr.
Vereinigte Kameraden 1902. Freitag Abend 8 Uhr Vorstandssitzung bei W. Wagner. Erscheinen aller Vorstandsmitglieder notwendig.

Bermischtes.

Reichsbankausweis. Wie der Ausweis der Reichsbank vom 15. d. M. erkennen läßt, sind nach den Abflüssen von Zahlungsmitteln während der beiden Vorwochen in der Berichtswochen Rückflüsse, wenn auch verhältnismäßig bescheidenen Umfangs, eingetreten. Der Umlauf an Banknoten hat um 261,7 Millionen Mark auf 71 883,6 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehensscheinen um 229,6 Millionen Mark auf 8 766,2 Millionen Mark abgenommen. An beiden Geldscheinen zusammen sind in der zweiten Juniwoche 491,3 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgelangt gegenüber 61,9 Millionen Mark in der Vergleichszeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Anlagekonten zeigt ein weitaus befriedigendes Bild als der Zahlungsmittelverkehr. Die gesamte Kapitalanlage ist um 7059,6 Millionen Mark auf 69 520,4 Millionen Mark und die bankmäßige Deckung für sich allein um 7076,6 Millionen Mark auf 69 248,2 Millionen Mark angewachsen. Die Steigerung liegt ausschließlich in der Zunahme des Bestandes der Bank an diskontierten Reichsschatanweisungen, die in der Berichtswochen 7 125,7 Millionen Mark ausmachte. Die Beträge der angeforderten Kredite sind zum größeren Teil auf den Konten der fremden Gelder verblieben, wie aus der bei ihnen ausgewiesenen Zunahme um 5023,9 Millionen Mark auf 14 690,8 Millionen Mark ersichtlich ist.

Bei den Darlehensklassen hat sich die mehrfach erwähnte Rückzahlung größerer Darlehensbeträge fortgesetzt. Die Summe der ausstehenden Darlehen ist um 2 206,1 Millionen Mark auf 20 174,2 Millionen Mark zurückgegangen. Daraufhin war von der Reichsbank ein dieser Verminderung entsprechender Betrag an Darlehensklassen an die Darlehensklassen zurückzuführen, so daß die eigenen Bestände der Bank an Darlehensklassen unter Berücksichtigung der Rückflüsse aus dem Verkehr eine Abnahme um 1976,3 Millionen Mark auf 11 287,8 Millionen Mark zeigen.

Der Stand der Mark.

Es wurden bezahlt am 21. 6. in Holland für 100 Gulden 2295 M., in der Schweiz für 100 Franken 1175 M., in Frankreich für 100 Francs 564 M., in England für 1 Pfund Sterling 261,50 M., in Amerika für 1 Dollar 68,60 M., in Italien für 100 Lire 350 M., in Österreich für 100 Kronen 13,90 M., in Ungarn für 100 Kronen 28,50 M., in Finnland für 100 Mark 119 Mark.

Landwirtschaft.

Ueber ein neues Verfahren zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche wird uns geschrieben:

Die Prüfung einer Erfindung des ehemaligen Schweizers Andreas Geisberger aus München zur Verhütung der Maul- und Klauenseuche, welche die bayerische Regierung gelegentlich einer Anfrage im Landtag zugesagt hatte, soll mit einem vollen Erfolg des Geisbergerschen Verfahrens geendet haben. Dieses besteht in der Hauptache aus einer Desinfektion der Stallungen mit einem Gas, welches den Bazillus tödtet, ohne für Mensch oder Vieh schädlich zu sein. Selbst nach einwöchiger Exposition darniederliegendes Vieh soll nach wenigen Minuten Behandlung gerettet sein, nicht-verseuchtes soll mindestens 3 bis 4 Monate von der Seuche verschont bleiben. Das Verfahren soll bei genauer Beachtung der Vorschrift in keinem einzigen Fall versagt haben. Leider ist zu befürchten, daß eine baldige allgemeine Ausbarmachung infolge der Ueberlastung der bayerischen Regierung mit anderen Geschäften scheitern, wenn sie nicht durch die Landwirte selbst energisch gefordert wird. Deputationen und Eingaben in dieser Richtung hatten bisher allerdings noch nicht den geringsten sichtbaren Erfolg.

Das Getreide-Umlageverfahren

Im Reichstag wurde nach langen Debatten die Neuordnung der Getreidebewirtschaftung beschlossen und den Regierungsentwürfen über das Getreideumlageverfahren in seinen wesentlichen Zügen angenommen. Das Umlageverfahren stellt einen Schritt von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft dar. Da es Kompromiß ist und zwischen Erzeugern und Verbrauchern, zwischen den Anhängern der freien und den Anhängern der gebundenen Wirtschaft vermitteln will, dürfte es nach keiner Seite hin Befriedigung auslösen.

Bei dem Entwurf des Gesetzes ließ sich die Regierung von dem Grundsatz leiten, daß die Zwangswirtschaft sich überlebt habe, daß aber die freie Wirtschaft mit Getreide noch nicht eingeführt werden könne. Durch die Einführung der freien Wirtschaft wäre da mit zu rechnen gewesen, daß die Getreidepreise auf den Weltmarktpreisen genähert und eine Höhe erreicht hätten, die der widervermittelten Bevölkerung eine ausreichende Versorgung mit Mehl und Brot zur Unmöglichkeit gemacht hätte. Da es sich bei Mehl und Brot — im Gegensatz zu anderen Lebensmitteln — um die Grundlagen der Ernährung handelt, konnte man sich zur sofortigen Freigabe des Getreides nicht entschließen.

Man hätte wohl der Erhöhung der Getreidepreise einen Mangel vorsehen können durch Schaffung einer großen Getreidereserve, durch Monopolisierung der Getreideeinfuhr und durch Gewährung von Reichsmitteln zur Getreideverbilligung. Dadurch aber wären weitere — wie bisher — Milliarden notwendig gewesen, die durch Steuern der Allgemeinheit hätten aufgebracht werden müssen. Mit Hinblick auf die ungeheuren Verpflichtungen, die uns die Reparationen auferlegen, muß die Regierung an einen Abbau der Zuschußwirtschaft denken und ist bereits bestrebt, die Zuschüsse zur Lebensmittelverbilligung nach Möglichkeit zu kürzen, obwohl in diesem Jahr ein Reichszuschuß noch nicht zu umgehen ist.

Der Mindestbedarf der Gesamtbevölkerung des Reichs an Getreide beträgt etwa 4,3 Millionen Tonnen. Bei Weiterführung der Zwangswirtschaft wäre mit der Erfassung von nur etwa 600 000 bis 700 000 Tonnen — also nur einem Bruchteil des Mindestbedarfes — zu rechnen gewesen. Der Entwurf der Regierung sah

ursprünglich die Erfassung von 3,5 Millionen Tonnen vor. Diese Summe wurde vom Reichsrat auf 3 Millionen Tonnen ermäßigt. Schließlich einigen sich die Parteien auf 2,5 Millionen Tonnen.

Durch die Einführung des Umlageverfahrens ist der Landwirt zur Ablieferung eines Teiles seiner Getreideernte zu einem Preis, der nicht durch die freie Marktbildung erfolgt, gezwungen. Durch das Gesetz wird ihm die uneingeschränkte Verfügung über den übrigen Teil seiner Produktion zugesichert. Er kann also diesen Teil im freien Handel zu Preisen, wie sie sich durch Angebot und Nachfrage realisieren, verkaufen.

Feindbündvieh

und Lungenseuche.

Die Lieferungsbedingungen, unter denen wir Vieh an den Feindbund abzuliefern haben, enthalten bekanntlich die Bestimmung, daß der Ablieferer noch für ein Vierteljahr nach der Ablieferung eine Gewähr für Lungenseuche übernehmen soll. Zu dieser unerhörten, von der Landwirtschaft nachdrücklich bekämpften Forderung der französischen Drahtzieher schreibt ein Fachmann in der Korresp. des R.-L.:

Jeder, der die landwirtschaftlichen Verhältnisse Frankreichs kennt, weiß, daß mindestens ein Drittel sämtlicher Weiden Frankreichs mit Lungenseuche verunreinigt ist, und jeder Kenner sieht sofort ein, daß die Franzosen an diese Tatsache gedacht haben, als sie die Aufnahme dieser Bestimmung verlangt haben. M. E. werden wir sehr viele von unseren Kindern nicht angerechnet bekommen, und wir werden nicht 800 000 Kinder zu liefern haben, sondern bedeutend mehr. Es wird eine Schlange ohne Ende werden.

Mit allem Nachdruck also muß dahin gearbeitet werden, daß diese Bestimmung verschwindet. Es wird natürlich, soweit ich die Franzosen kenne, jetzt post festum wenig nützen.

Wenn ich durch diesen Artikel die deutsche Volkswirtschaft vor großen Schäden bewahrt habe — dazu sind die Tierärzte da — so sollte mich das freuen.

Tierarzt Hartwig, Berlin-Schöneberg.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen

herzlichen Dank!

Johann Dörrhöfer u. Frau.

Flörsheim, den 22. Juni 1921.

Nur für Hausierer und Wiederverkäufer.

Großer Posten Nachener Tuche in dunkelblau, 150 cm breit, für Anzüge, feine Ware, jetzt Mtr. 53.-
Restehaus Jakob Stock Mainz, Stadthausstr. 2

Eine gebrauchte

Bettstelle

mit Matratze zu verkaufen.

Zu erfragen in der Expedition.

1 Sofa, 1 Tisch, 4 Stühle und eine noch guterhalt. Nähmaschine zu verkaufen. Untermainstr. 40.

Klucde mit 7 Rücken

zu verkaufen.

Hochheimerstr. 26.

Ein guterhaltener

Kinderliegewagen

zu verkaufen.

Näh. Untermainstr. 17.

18. Preussisch-Süddeutsche

Klassen-Lotterie

Neuer Plan

550 000 Lose
50 000 Erloslose
275 000 Gewinne

Zwei Hauptgewinne im günstigsten Falle mit zusammen

Drei Millionen Mark

2 Prämien zu je 750 000 Mark
4 Gewinne zu je 500 000 Mark
4 Gewinne zu je 300 000 Mark
2 Prämien zu je 250 000 Mark usw.

Preis der Lose in jeder Klasse:

Halbes Viertel 20.—
Viertel 10.—
Halbe 40.—
Ganze 80.—

Vollzahlung für alle 5 Klassen:

M. 50.— 100.— 200.— 800.—

Beginn 1. Klasse 12. und 13. Juli. Amtlicher Plan auf Wunsch franko.

Anger Staatlicher Mainz, Gr. Bleiche 57
Lotterie-Einnahmer Postfach 1148 Jülich.

Aufruf!

An die arbeitende Bevölkerung von Flörsheim.

Heute Abend um 8 Uhr findet im Sängerkreis eine öffentliche Volks-Versammlung der V. K. P. D. statt. Tagesordnung: Die politische Lage. Ref.: Gen. Held.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Klassengenossen! In Anbetracht der politischen Verhältnisse ist es dringende Pflicht in Massen zu erscheinen. Besonders ihr Arbeiter von der U. S. P. und M. S. P. Wir Kommunisten fragen jetzt nicht nach Eurer Parteizugehörigkeit, sondern fordern Euch auf mit uns gemeinsam zu kämpfen für die elementarsten Lebensbedingungen des Proletariats. Es gilt den Kampf zu führen gegen Lohnabbau, Massenentlassungen und vermehrtes Arbeitslosenelement. Der wachsenden Reaktion müssen wir die geschlossene Front des Proletariats entgegensetzen. Deshalb Hand- und Kopfarbeiter erscheint in Massen!

Der Vorstand der U. K. P. Flörsheim.

Deutsche Warte

die Tageszeitung der

Bodenreformer und Siedler

mit 6 Beiläfern

Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Frauenzeitung — Jugendwarte
Wirtschaftswarte — Der Sonntag und tägl. Unterhaltungsbeilage mit guten Romanen.

Monatlich nur 6 Mark.

Berlin SW 48

Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Lacke und Oelfarben

in bewährter Friedensqualität, sachmännlich hergestellt, Reinöl und Fußbodenöl, Kreide in Qualität, Bolus, Gips, sämtliche Erd- und Mineralfarben, Chemische Buntpasten

Farbenhaus Schmitt, Flörsheim am Main, Telefon 90

Bestellungen auf Drucksachen sowie Inseraten-Annahme

für die

„Eddersheimer Zeitung“

bei

Andr. Jost und Johann Becker

Bahnholstrasse Fischergasse

in Eddersheim

Sprechmaschinen-Reparaturen

durch

Karthäuserstraße 6, Flörsheim

Berliner
Illustrirte
Zeitung

Heute neue Nummer